

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.

Kreis Merseburg



Ämtliches Anzeigblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 292.

Freitag, den 13. Dezember 1918.

158. Jahrgang.

Ämtliche Anzeigen

Seite 4 und 6 betr.:

Dauerschaltungen.
Ämtliche Beschleunigung der Abfertigung von Kartoffeln.
Witzschelien aus Wolfersien.

Tageschronik

Einberufung des Reichstages.

Solfs Rücktritt bevorzucht.
Infolge der Enthüllung des Joffes soll eine Regierungskrise bestehen.
Die Engländer in Kiel.
Unsere Waffenstillstandskommission in Trier interniert?
England droht bei Nichterfüllung der Seebedingungen mit Abbruch des Waffenstillstandes.
Graf Czernin über „verkappte Friedensmöglichkeiten“.
Die Anklagen gegen die rheinischen Großindustriellen waren aus den Fingern gezogen.
Die Angeklagten sind aus der Haft entlassen worden.
Erkrankung der Kaiserin.

Die Engländer in Kiel.

Kiel, 11. Dez. Das englische Linienschiff „Hortulac“ mit der Marinekommission der Entente an Bord ist in Begleitung von zwei Zerstörern heute Abend in den Kieler Hafen eingelaufen.

Die Anklage gegen Toppfen und Sinnes erdichtet.

Dortmund, 11. Dez. Ein Kriminalbeamter aus Berlin und ein Mitglied des A. und S. Rates aus Mülheim waren heute hier, um die Angelegenheit Toppfen und Sinnes zu untersuchen. Der Urheber der Anschuldigung, ein Kellner namens Robert Wörch, Schriftführer des Sicherheitsausschusses des A. und S. Rates Dortmund, hat bei der heutigen Vernehmung zugegeben, doch die Anschuldigungen erdichtet hat. Daraufhin wurde Wörch verhaftet.

Häftentlassung der Großindustriellen.

Berlin, 12. Dez. Die wegen angeblichen Schwerechtsverstoßes der Großindustriellen sind auf Anordnung des preussischen Ministeriums des Innern heute sämtlich freigelassen worden. Der Wert des Hafens, in dem die Zusammenkunft stattgefunden haben sollte, hat betundet, daß bei ihm eine derartige Konferenz überhaupt nicht stattgefunden hätte. Der Verdacht hat sich danach nicht aufrechterhalten lassen.

Die Kaiserin ernstlich erkrankt.

Saag, 11. Dez. Wie „Der Vaterland“ meldet, ist die kaiserliche Kaiserin in Amerongen an einem Herzleiden sehr ernstlich erkrankt. Ein Berliner Arzt wurde telegraphisch nach Amerongen berufen.

Hollands Stellungnahme zur Kaiserfrage.

Saag, 11. Dez. In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer erklärte der Vorsitzende des Ministeriums des Aussenwesens, die Regierung würde es leichter haben, wenn der frühere deutsche Kaiser sich nicht Holland als Zufluchtsort ausgesucht hätte. Die Regierung wüßte, daß Holland in Schwierigkeiten kommen würde. Jeden Versuch, den Aufenthalt des Kaisers in Holland als unneutrale Handlung darzustellen, weiß die Regierung zurück. Jedes andere Staatsoberhaupt würde auf gleiche Weise empfangen worden sein. Ein eventuelles Aussehen um Auslieferung des früheren deutschen Kaisers würde auf seine Gefährlichkeit, auf die bestehenden Verträge hin untersucht werden müssen. Es ist auch möglich, daß fremde Regierungen wünschen werden, mit Holland wegen eines neuen Aussenvertrages des früheren Kaisers in Unterhandlung zu treten. Die Regierung würde nicht abgeneigt sein, zuzustimmen. Die Regierung behält sich ihre Entscheidung vor. Gegen etwaige Anträge wird die Regierung ernstlich aufstehen.

Kommt der Reichstag?

Scheidemann für die Einberufung.
Berlin, 11. Dez. Das „B. L.“ rechnet mit der Wahrscheinlichkeit, daß durch die Haltung der Entente die Regierung gezwungen werden kann, den Reichstag wieder einzuberufen, und erwartet einen Beschluß darüber spätestens im Verlaufe des Donnerstags.
Die Meinung des „B. L.“ wird allerdings von W. L. B. als jeder Begründung entbehrend demüthet.
Aus Berlin wird dem „B. L. R.“ gemeldet: Der Volksbeauftragte Scheidemann hat ganz klar für den Reichstag Stellung genommen, während Ebert und Landsberg sich zurückhaltender verhielten. Die Unabhängigen im Kabinett sind gegen jede Mitwirkung des Reichstages und würden, wenn die Entscheidung für den Reichstag fallen sollte, aus dem Kabinett ausscheiden. Man glaubt auch, daß, wenn der Reichstag wirklich einberufen werden wird, die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Rest ihres Verbandskommen fernbleiben werden.

Schon gestern deutete die „Tägl. Rdsch.“ die Möglichkeit des Zusammentritts des Reichstages an. Nur der Reichstag kann in der augenblicklichen Situation uns noch retten. Die Nationalversammlung liegt zu weit, deshalb muß der Reichstag wieder erstehen und der Regierung einen Rückhalt geben. Die A. und S. Rätewirtschaft entweder aufgeben oder umgestalten und auf gezielten Boden stellen und der Entente damit betunden, daß Deutschland fähig ist, den Frieden zu schließen und die aufgewungenen Bedingungen auch zu halten. Die A. und S. Räte werden sich mit der Regierung damit abfinden müssen, daß sich der Reichstag wieder zusammenfindet, um Deutschland vor den schlimmsten Gefahren zu bewahren und dem Reich und seinen revolutionären Einrichtungen einen gesicherten Boden zu geben.

Regierungs-Krise?

Die „Tägl. Rdsch.“ teilt mit, daß infolge der Enthüllung des Joffes eine Regierungskrise entstanden sei. Die „B. L. R.“ wollen das bestritten können. Sämtliche bürgerliche Staatssekretäre haben sich geweigert, weiter mit Haase und Barth zusammenzuarbeiten, und es sah einen Augenblick lang so aus, als ob es zum mindesten für Haase weiterhin unmöglich wäre, in der Regierung zu bleiben.

Inzwischen hat er einen Rechtfertigungsversuch unternommen und behauptet, er wisse von der ganzen Geschichte nichts. Damit wäre die Krise vorüberhand beigelegt, wenn nicht Herr Joffe noch weiteres Material zur Verfügung stellen kann. Die beiden Volksbeauftragten leugnen nicht, daß sie zur Vorbereitung der Revolution Waffen angeammelt haben.

Solfs Rücktritt.

Berlin, 11. Dez. Staatssekretär Solfs hat sich, wie verlautet, am Mittwoch endgültig entschlossen, sein Abschiedsgesuch einzureichen. Ueber seine Nachfolgerschaft kann im Augenblick noch nichts geklärt werden, da der Vorschlagsausdruck sich mit dem Abschiedsgesuch selbst noch kaum beschäftigt dürfte.

Frühere Nationalwahlen?

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:
Im Reich ist verschiedentlich das Gerücht aufgetaucht, daß Bestrebungen im Gange sind, die Nationalwahlen früher stattfinden zu lassen. Wie ich dazu erlaube, legen sich Scheidemann und Ebert noch wie vor dafür ein, daß die Wahlen schon im Mitte Januar stattfinden; sie sind jedoch machtlos, da es sich bei der Festlegung der Wahlen auf den 16. Februar um ein Kompromiß handelt. Während die Sozialisten sich für die Wahlen Mitte Januar aussprechen, wollten die Unabhängigen erst von den Nationalparlamenten im April etwas wissen. Schließlich kam die Einigung auf den 16. Februar zu Stande. Hieron können die Mitglieder der Regierung Scheidemanns Richtung nicht abgehen und müssen es dem Kongress der A. und S. Räte überlassen, den vereinbarten Termin zu ändern. Man ist in den Kreisen der Sozialdemokratie der Ansicht, daß es auf diesem am 16. Dezember stattfindenden Kongress gelingen wird, die Teilnehmer davon zu überzeugen, daß die Wahlen früher stattfinden müssen, und man hofft, daß Scheidemanns Arbeit in dieser Hinsicht von einigen Delegierten aus dem Reich nachdrücklich unterstützt wird. Ueber den Ort, wo die Nationalversammlung zusammenzutreten wird, ist man sich noch nicht einig geworden. Meldungen, die bestimmte Städte hierfür nennen, entbehren jeder Begründung.

Anzeigenpreis für die emp. Zeilen ober deren Raum 50 Bl. für 100 Bl. kleine Anzeigen, Handzettel und Familien betr. 30 Bl. Die Leistung für die laufende Preisen übersteigt gegen Monat 1918 von 100 Bl. an für die laufende Preisen in der Zeitung 10 Bl. — Gewerbesteuer nach amtlichen Daten berechnet. — Reichsamt des 70 Bl. — Güterverkehr und Warenanfragen extra.

Polnisches.

Am dritten Tage seiner Verhandlungen hat der polnische Teilgebietssandtag die Arbeit vollends hängen lassen und offen die Rolle einer gezeigenden Verarmung für Preussisch-Polen übernommen. Man beifügt über die Beibehaltung oder Beseitigung der Besatzung, jetzt ihren Überwachungsorganen zur Seite, Beschluß über die Lebensmittelversorgung und die Nationalisierung der Schulen. Kurz man regiert. Und was sich bei uns sonst Regierung nennt, läßt das mit verdrängten Armen geschehen. Natürlich wird man die Beschlüsse nun auch durchzuführen versuchen, wird die Besatzung zwingen, politisch zu lernen und wird die Schulen polonisieren. Soldat Willfar ist die Besatzung und Lehrer Schulps angeklagt. Die Regierung hat anstehend keine Meinung, ihnen dagegen Schutz zu gewähren. Die deutsche Bevölkerung wird vielleicht nicht überall bereit sein, solche polnischen Übergriffe widerstandlos über sich ergehen zu lassen. Und da kann es zu Zusammenstößen kommen. Die Polen sind auch dafür gerüstet. Es ist kein Zweifel mehr möglich, daß sie polnische Regimenter gebildet haben. Aus Landstreifen polnischer Landbesitzer in Polen hat sich das unwiderleglich ergeben. Auf welchen militärischen Schutz aber diesen die Deutschen rechnen?

Am zweiten Verhandlungstage hat der Landtag die „Minderparte“ aller von Polen jetzt behaupten Gebiete“ und die „Minderparte“ durch die Teilung Polens diesem zugehörigen Unrecht“ gefordert. „Zeit leidet“ ist ein reichlich unbestimmter Begriff. Geschichtlich wird schwer festzustellen sein, welche Gebiete die Polen „jetzt leidet“ behaupten haben. Aber auch der bereits begründete Anspruch erheben uns nicht gerechtfertigt. Sonst können ihm ja auch die Indianer gegen die weißen Amerikaner erheben. Es ist recht bezweifelhaft, daß der Landtag die Willkür der Wahrung von den „Ländern, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind“, nicht übernommen hat. Er muß in ihr doch wohl eine zu unangenehme Grundlage für seine Ansprüche sehen. Was man das „durch die Teilung Polens diesem ungeliebten Unrecht“ ansetzt, ist nicht abzuweichen, weshalb gerade dieses widerstrengendst werden soll und nicht das 1406 dem Tode durch Polen zugehörige Unrecht. Das „Unrecht“ von 1772 ist übrigens durch den polnischen Reichstag geändert worden. Es kam also ein wirkliches Unrecht wohl kaum gewinnen sein. Dem Volk hätte sich doch wenigstens eine Stimme im polnischen Reichstage dagegen erheben. Man weiß ja, daß diese genügt, den Beschluß zu verhindern. Für Preußen war damals ein rechtlicher Anlaß, gegen Polen vorzugehen, schon dadurch gegeben, da dieses seine Neutralitätspflicht im siebenjährigen Kriege gebrochen verlegt hatte, indem es den russischen Heeren den Durchgang gewährte und Standaunhere ergehen hatte.

Das höchste Recht aber konnte Preußen der ungläublichen Willkür nicht erwehren, die in Polen herrschte. In einem Bericht aus dem Jahre 1774 verleiht der englische Gesandte in Warschau die Mitgliedschaft des polnischen Reichstages mit einer Kläuberbande. Sie wieseln sich Jagdeulen, Strohhalben, Erdgüter und jede Art von Einnahmen auf beizugehört. Welche Art er; auf Rollen der ungläublichen Republik an. Werlich hat er; Hier ist ein solcher Mangel an Zweck und Ehre, daß eine Verdrüßnis, ja selbst eine Umkehrung der Rechtspflege, daß niemand, der es wirklich ist, sich davon einen Begriff machen kann.“ Das ist wirklich ein Unrecht, die polnische Bevölkerung von einer so verachteten Abelschickung zu befreien? Sie hat es nicht als ein solches empfunden. So lange die Erinnerung an die früheren Zustände noch in ihr lebendig war, hat sie die geordnete und gerechte preussische Herrschaft vielmehr als einen Segen anerkannt. Preussisch die Schwächlichkeit und Hilflosigkeit der inneren Politik Preußens auch gegenüber den Polen hat auch hier unter Willkür von Preußen und Sozialisten einen Herd der Unruhe, Unfrieden und Unruhe geschichtet, der den Feinden des Deutschen heute den willkommensten Hinterrang zu einem besten Randzug auf preussisch-deutsches Gebiet liefert. Es ist die höchste Zeit, daß sich so etwas wie eine Regierungsmacht in Berlin befestigt, die sich entschlossen und inflexible zeigt, allen Epitheten energisch auf die Finger zu schlagen, die sich Deutschlands unglückliche Lage dreist zuzuschreiben wollen.

116
und
n als
ie in
ieren
ber
ngen
bründ
bei.
ci. in
des
für
Rand-
Geld-
rend
einen
igen-
Kre-
ittel-
her-
Die
a der
hofs-
isten
eten
die
lum
des
sch
ndert
ter
welle
ber
loose
ne
gent-
sind,
man
mal-
-350
-450
-500
-600
-700
-750
amt.
if
-900
-400
-500
-600
-700
-800
-900
-1000
-1100
-1200
-1300
-1400
b be
mi.
gr!
78.

Die Maschinengewehre in den Straßen von Berlin.

Der Volksbeauftragte Scheidemann hat bekanntlich in einer Rede erklärt, er sehe die jetzige Wirtschaft keine acht Tage mehr an. Die Ernährung zu dieser „Wirtschaft“ liefert ein andrer sozialdemokratischer Redner, der ausführt, es sei ein unheilbarer Zustand, das bewaffnete Banden die Stadt Berlin durchzogen, gebildet von Desertieren und Reuten, die draußen nicht den Mut hätten, zu schießen, ihre Kameraden seien im Stich lassen und nun das friedliche Volk terrorisierten. Entweder seien diese Banden zu entlassen, oder aber die Regierung müsse die Bürger mit Waffen versehen. In einer dritten Bemerkung betonte ein Sozialdemokrat, nicht einmal die Schenkelkrieger hätten mit Maschinengewehren auf das Volk geschossen; das sei erst jetzt nach der Revolution Mode geworden. In der Tat gehört diese Erscheinung zu den „Erscheinungen“ der Novemberrevolution. Denn alle diese Bemerkungen geben nur ein zureichendes Spiegelbild der Wirklichkeit, die zuletzt in der Reichshauptstadt herrschte. Welches Geschehnis wurde früher von der sozialdemokratischen Presse erhoben, wenn einmal von der Schenkelschiffahrt Angriffe von Tumultuaristen mit der Schutzwehr abgewehrt oder wenn auf einen flüchtenden Verbrecher geschossen wurde? Heute tritt gleich das Maschinengewehr in Tätigkeit, es dabei friedliche Straßengänger oder Bewohner der Nachbarhäuser mitgetroffen werden oder nicht. Heute jagen Liebhaber und Raja Luxemburg mit ihren bewaffneten Banden unter Mitführung von Maschinengewehren durch die Straßen von Berlin, entlocken die „Sicherheitsbeamten“ und „Beschlagnahmer“ in höchst gewaltsamer Weise in der Reichshauptstadt, im Hause der Volksbeauftragten selbst die dort aufgestellten Maschinengewehre. Ueber die Schuld an dem blutigen Freitag, der Schicksal am 6. Dezember, streiten sich die verschiedenen sozialistischen Gruppen noch herum; was wäre aber wohl an dem „Demokrationskongress“ geschehen, wenn sich die Sicherheitsbanden den Gewaltthaten der Sozialisten-Lente ernstlich widersetzt und von den Maschinengewehren Gebrauch gemacht hätten?

Von den Rednern in den Versammlungen der Sozialdemokratie Scheidemanns ist die Richtung ist am Sonntag auf das bestimmteste vordringend worden; die Regierung werde diesem Treiben Einhalt tun, mit aller Entschiedenheit zugreifen, und für Ordnung und Sicherheit sorgen. Man merkt nur von alledem nichts. Liebschütz rührt sich, daß er und seine Leute die Macht in Händen hätten, das ganze Volk, das heißt die gesamte Regierung aus- und aufzulösen. Er fährt ungeniert seine Maschinengewehre in Berlin spazieren und vermerkt die Zahl durch gewaltsame Ansetzungen. Niemand wagt ihm entgegenzutreten. Wir haben selber wohl von einer Entlassung friedlicher Bürger geredet, aber nicht von einer Entlassung Liebhaberschützer Banden. Wir haben wohl von Bemühungen des „Volksbeauftragten“ Barth und Genossen gehört, die Entlassung der nach Berlin kommenden Truppen zu bewerkstelligen, aber nichts von einer Beschlagnahme der im Besitz der Sozialisten-Lente befindlichen Maschinengewehre, Gewehre, Granatminen und sonstigen Waffengeräte. Es wird von der Regierung bereits Allege geführt über die Beschlagnahme von Gewehren, namentlich von Stutzergeräten. Gehört die Waffen der Liebhaberbanden nicht auch zum Stutzergerät? Sie sind nun allergeringsten Teile den Soldaten abgenommen, gelöhnt worden, so weit sie nicht mit dem Gelde der russischen Bolschewisten angekauft sind.

Wie lange soll dieses Treiben noch dauern, diese Bergewaltigung der Reichshauptstadt, die den dunklen Elementen im Lande einen Anreiz zur Nachahmung bietet und durch Vergrößerung des Zusammenstoßes der Bevölkerung das ganze Reich in die schlimmste Gefahr bringt. Die Regierung wagt es nicht, sich nicht, will sich nicht zuwenden. Das deutsche Bürgerland aber richtet die ernste Frage an die gegenwärtige Regierung: Wie lange noch?

Unähnlichkeit zwischen Regierung und Volksgut.

Von unserem Berliner Exakter wird uns geschrieben: Wie ich wiederholt mitteilte, herrscht zwischen Regierung und Volksgut eine gereizte Spannung, die auch nicht dadurch beseitigt ist, daß der Volksgut jetzt den Weisheit der Regierung anerkant, daß die Sozialisten-Vertreter dem Komplex der W- und S-Männer in Berlin fernbleiben sollen. Der Volksgut sieht sich aufs neue dadurch in den Hintergrund gedrängt, daß er zu den Veranlassungen für die in Berlin einrückenden Truppen gar nicht gehört wurde, und die Regierung eigenmächtig alle Anordnungen traf. Auch der Eid, den die Führer bei der Regierung ablegten, wird vom Volksgut beanstandet, weil sich der Volksgut der Regierung gleichberechtigt ansetzt und durch den einseitigen Eid eine Zurücksetzung stiftet. Namentlich hat sich hierzu noch die Haltung der Regierung geistigt anlässlich der Verfassung eines Offiziers, die vom Volksgut angeordnet worden war. Diese Verfassung wurde durch die Regierung wieder aufgehoben, obwohl der Volksgut wieder den Standpunkt einnimmt, daß die Verfassung berechtigt gewesen sei. In den Kreisen der Unzufriedenen und Sparteisgruppen nutzt man diese Differenzen aus und verdrückt sie zu verwickeln.

Berlin, 11. Dez. Als Rechtsvertreter des im Hotel Bristol verhaltenen Dr. Sed teilt Rechtsanwalt Dr. Pfleger in der „Post“, daß eine irgendwie geordnete Arbeitsaufgabe Handlung der Dr. Sed nicht vorliegt; er wird aber gleichwohl im sogenannten Schutzhaf gehalten, obgleich hierfür noch Aufhebung des Wegeresultates keine rechtlichen Unterlagen an gegeben sind. Bekundete hierüber ist bei dem Rat der Volksbeauftragten bereits erhoben worden. Aufzählungen über die Gründe des geschiedigen Einrückens, die auf parteipolitischen Gebiete liegen, werden folgen.

Die Finanzen der W- und S-Männer.

Die Gefahr des schiefen Aufsteig, der aus der bisherigen finanziellen Wirtschaft für die W- und S-Männer zu erwachen droht, bespricht Dr. A. Spitz in der im „Vorwärts“. Er fordert, daß die W- und S-Männer die gute Verwaltung des alten Regimes übernehmen, jeder Veranlassung, die das Reich finanziell bedrückt, einen Rest zu verantworten. Es wäre verfehlt, die Kassenkontrollen der auf den 16. Dezember einberufenen Gesamtsitzung der W- und S-Männer, der es an Zeit und Raum auch an Übung zur Prüfung aller Rechnungen fehlen würde. Darum schickt Spitzrichter vor, mit dieser Aufgabe die Oberrechnungskammer in Potsdam zu betrauen, die der Nationalversammlung in gebundener Form Bericht zu erstatten hat und ihr allein verantwortlich ist. Ein nachdemstehendes Beispiel hat der Magdeburger W- und S-Männer gegeben. Dieser Rat hat bis Anfang Dezember ganze 6000 Mk. beansprucht, durch seine herangezogene Tätigkeit aber dem Reich Werte in der Höhe von — sage und schreibe — ungefähr einer Million an Arbeit geleistet, Werte, die von pflichtvergessenen Soldaten entweder als berenteten Soldat zurückgelassen wurden, oder die von gewissenlosen Scheibern gestohlen zu werden drohen. Dieser Erfolg ist um so höher zu veranschlagen, als die Rettung dieser Werte für das Reich zum Teil nur unter Lebensgefahr der überwachenden Militärs der dieses vortheilhaften Rates gelingen konnte.

Sie haben sich „gesund gemacht“.

Vor kurzem führen, so wird dem „B. Z.“ von zuverlässiger Seite berichtet, in einem Teile I. Klasse von Bitterfeld nach Berlin eine Anzahl Soldaten der Armee Schloß. Es entspann sich ein Gespräch darüber, wie sich die einzelnen „gesund gemacht“ hätten. Sie trauten ihre Geldbörse heraus, und da hatte der eine 200 000 Mark in barem Gelde bei sich. Auf eine Frage der Kameraden: woher? jagte er: „Ich habe doch 9 Maggon Siefel verkauft.“ Die anderen hatten ebenfalls beträchtliche Summen bei sich. Die geringste war 40 000 Mk.

Nun wird man fragen, warum der stille Beobachter nicht an der nächsten Station die Leute festnehmen ließ. Die Antwort ist einfach: Es gibt in Deutschland in der Bevölkerung keinen Rechtszustand mehr, und der Unbelebte konnte nicht wissen, ob er an der Aufrechterhaltung der Ordnung einen Wohlstand haben würde. Er hätte als „Kapitalist“ in die übliche Lage kommen können und froh sein müssen, mit dem Leben davonzukommen. In den Bewirtschaftungen Berlins wuchsen einjährige Soldaten die Tausend-Mark-Scheine, als ob es gar nichts wäre. „Wo bleibt die Kriminalpolizei, die in geordneten Verhältnissen Auskunft über so vielen Geldes verlangt hätte?“

Reichsregierung und Kriegsministerium erließen unterm 8. Dezember einen Auftrag gegen den unzureichenden Verkauf von Seeresatz und Ähnliches für erste Verfassung an. Das sind vorläufig nur Worte. Wo bleiben die Aalen, d. h. wo sind die ausführenden Organe? Acht Millionen, wie der Auftrag sagt, neun Milliarden sind dem Reich durch solche Verkäufe schon verlorengegangen.

Wie die Spartakisten ihre Leute zu Hören suchen.

Berlin, 11. Dez. In der „Post“ schreibt ein Soldat: Beim Verlassen des Bahnhofes hat ich einen Zivilisten am Ausgang. Darauf mochten sich zwei Herren an mich heran und boten mir 6 bis 70 Mark täglich Verdienst, wenn ich für die Spartakisten arbeiten wolle. Es ist mir ein Bedürfnis, der Bevölkerung mitzuteilen, auf welche Weise die Lieblichgruppe für eine Gegenrevolution Stimmung macht. Als Soldat von sozialistischen Grundgedanken verzichte ich namens steter Kameraden diese Vorbereitung zum Bürgerkrieg.

Foch bei den Trierer Verhandlungen.

Abschließung der deutschen Abordnung.

Trier, 12. Dez. Die deutschen Delegierten der Waffenstillstands-Kommission sind nunmehr sämtlich in Trier angekommen. Bei der Ankunft war der Hauptbahnhof durch amerikanische Truppen abgeperrt. Die Kommissionsmitglieder sind strengstens interniert. Niemand hat zu ihnen Zutritt. Die Vertreter der Alliierten sind noch nicht angekommen. Letzte wird Marshall Foch in Trier eintreffen.

England sucht einen Vorwand.

Eine unerhörte Lüge.

Hamburg, 11. Dez. Der britische drahtlose Dienst verbreitet folgende Meldung: Die gegenrevolutionäre Bewegung droht Berlin mit einem Bürgerkrieg, der, wie behauptet wird, außerordentlich blutig sein würde. Das Volk verlangt daher die Unterstützung der Alliierten und die Aushandlung der Besetzung Deutschlands nach Berlin.

England droht mit Abbruch der Verhandlungen.

Berlin, 11. Dez. Die Verhandlung mit der britischen Kommission in Wilhelmshafen lassen erkennen, daß Willkürungen nicht zu erreichen sind. Der englische Admiral verlangt u. a., daß bis zum 27. 12. sämtliche Besatzungen von der außer Dienst gestellten Schiffe interniert werden, bis auf Anstaltsbestimmungen. Bei einer Vorbesprechung über die Uebergabe der internierten Entschiffte hat die englische Kommission droht, die Waffenstillstandsverhandlungen abzubrechen, wenn nicht eine glatte Abwicklung gemäß den in den Kommissionsverhandlungen festgestellten Anordnungen erfolgt.

Belgische Pioniertruppen in Aachen.

Amsterdam, 11. Dez. Wie die belgischdemokratische Zeitung „Het Volk“ meldet, haben am Sonntag Abend belgische Soldaten in Aachen schwere Ausschreitungen begangen. Sie plünderten Kaufhäuser, mißhandelten Bewohner und erschlugen einen Journalisten. Französische Soldaten stellten die Ordnung mit Waffengewalt wieder her.

Ehrenbezeugung für die Engländer in Aachen.

Aachen, 11. Dez. Laut der „Aach.“ sind gestern heute vormittag die vom Oberbefehlshaber der britischen Armee befohlenen Anordnungen zum Ausbruch. Sie lehnen sich im großen und ganzen an die vor einigen Tagen in Düren erlassenen Bestimmungen an. Die Benützung von Fernsprechern ist untersagt und muß in ganz besonderen Fällen nachgeholt werden. Jede männliche Person hat britischen Offizieren gegenüber und beim Spielen der britischen Nationalhymne eine Ehrenbezeugung zu erweisen. Zivilisten müssen den Spat abnehmen. Nichtbefolgung dieser Anordnung wird bestraft.

Brutales Vorgehen der Franzosen in Lothringen.

Stuttgart, 11. Dez. An dieser militärischer Stelle ist ein Bericht von Französischen der W- und S-Männer in Metz eingegangen, aus dem folgendes hervorzuziehen ist: In Metz und ganz Lothringen internierten die Franzosen alle männlichen Personen, deren Alter nicht vor 1870 in Lothringen gewohnt haben. Soweit bekannt, sind allein von Metz 380 Offiziere und 6000 Mann nach Metz geschickt worden, von wo sie weiter nach Nordfrankreich gebracht werden sollen. Die Bevölkerung ist ohne Arbeit, da alle Vorräte weggeschafft sind. Sämtliche Denkmäler sind von ihren Soldaten unter Beihilfe von französischen Offizieren und Priestern heruntergerollt worden. Die Denkmäler wurden soviel als möglich zerstört.

Amerika gegen die Annexion Unerschlossenen Gebietes.

Der Korrespondent der „Telegraph-Union“ erzählt von untrügerischer amerikanischer Seite, daß Amerika unter keinen Umständen der Forderung Englands und Frankreichs an Annexion von Unerschlossenen deutschen Gebieten zustimmen werde. Die Vereinigten Staaten können angesichts des außer amerikanischen Gebiets ihrer Kontinentalen Militärenten auf keinen Fall der von England verlangten Abstützung beipflichten.

Englisch-amerikanische Auseinandersetzungen über die Freiheit der Meere.

London, 11. Dez. „Daily Express“ hört, daß zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten informatorische Besprechungen über die Freiheit der Meere im Gange sind, bei denen Wilson konkrete Vorschläge machte, die den Forderungen Englands bezüglich des Rechts der Durchsuchung und des Hochabgeleites gerecht werden.

Bern, 11. Dez. Wie der Berichterstatter der „Morning Post“ aus Washington meldet, hielt King, der Leiter der New Yorker Lebensversicherungs-Gesellschaft, eine Auffererregende Rede, worin er sagte, England werde niemals Willens sein, die Freiheit der Meere annehmen und sehr ernste Bemerkungen verschiedener Stellen auf der Friedenskonferenz machen die Folge sein. Man beginnt schon Vergleiche anzustellen über die Stärke der beiderseitigen Flotten. Kingler sagte ferner, der frühere Beikampf zwischen Deutschland und England über die Freiheit der Meere würde sich zwischen Amerika und England wiederholen.

Englands Vernehmung bei Amerika.

London, 11. Dez. Reuter. Churchill sagte in einer Rede, die er in Dundee über finanzielle Fragen hielt, unter anderem: England sei an die Vereinigten Staaten nicht so sehr verbunden, als es habe für 400 Millionen Gold und 800 bis 1000 Millionen Wertpapiere nach Amerika geschickt. Die Zinszahlung für die Schulden und der Zinsverlust für die Wertpapiere würden während der folgenden Jahre für England eine sehr ernste Bürde sein.

Lebensmittel für die Mittelmächte unterwegs.

Genf, 11. Dez. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet: Im Hafen von Boston ist mit der Verladung der Lebensmittel für die Mittelmächte bereits begonnen worden. Man erwartet den Aufzug Willsons zur Abfahrt aus Paris, wo die Entscheidung über die dem Feinde zu liefernden Lebensmittel und Stoffe fallen wird. Die Präliminarverträge, wenn es zu einem solchen bei den inneren Zuständen Deutschlands kommt, erwartet man für Anfang Januar.

Czernin enthüllt!

Wien, 11. Dez. Graf Czernin hielt heute nachmittag vor Politikern und Zeitungsvertretern eine große Rede, in der er von manchen bisher unbekanntem Dokumenten von historischer Bedeutung Mitteilung machte. Einleitend sagte Czernin, die Öffentlichkeit habe ein Recht, zu erfahren, warum wir den so heißerharten Frieden nicht erhalten konnten, ob und wo ein Verlangen vorlag.

Czernin führte im einzelnen u. a. aus: „Jimmer und immer wieder brachten wir die deutsche Hilfe. In Rumänien, in Serbien und in Jugoslawien haben wir gemeinsam mit den Deutschen gekämpft. Wir waren in der Lage des verarmten Verbündeten, welcher von der Güte des reichen Vaters lebt. In zweiter Linie war unsere Abhängigkeit begründet durch den Stand unseres Ernährungswesens. Trotz dieser Abhängigkeit blieb der einzige Weg, zum Frieden zu gelangen, Deutschland zu bewegen, einen Frieden mit Opfern zu schließen.“

„Ich glaube, daß es einen einzigen Moment in der Geschichte dieses Krieges gegeben hat, in welchem ein Frieden demarcat möglich gewesen wäre, in welchem ein Frieden war nach der Schlacht von Gorlice. Damals, als die russischen Armeen zurückzuziehen, als die russischen Streitkräfte die Kartenhäuser fielen, bereitete sich bei manchen unserer Feinde eine Veränderung der Pläne vor. Ich war damals noch Geandster in Rumänien, Majorecu war nicht abgeigeit, ich trat auf unsere Seite zu stellen.“

„Ich will nicht positiv behaupten, daß es in diesem oder einem anderen Falle möglich gewesen wäre, den Frieden zu erreichen. Ich behaupte nur ganz positiv, daß, solange ich im Amte war, ein

Verzichtsfrieden für Deutschland und das Maximum des Erreichbaren dargelegt hätte. Die Zukunft wird beweisen, welche übermenschlichen Anstrengungen wir gemacht haben, um Deutschland zur Machgiebigkeit zu veranlassen.“

Wenn sie alle mislungen, so lag die Schuld nicht an dem deutschen Volke, auch meiner Ansicht nach nicht an dem deutschen Kaiser, sondern sie lag bei den führenden deutschen Militärs, welche eine solche unermeßliche Maßnahme an sich gerissen hatten. Von Wehmann bis Hoffmann wollten alle in der Wilhelmstraße den Frieden, aber sie konnten nicht erreichen, weil

die Militärpartei jeden Härzle, der anders zu handeln suchte. Die deutschen Militärs hatten eine Maßnahme erreicht, wie sie tatsächlich letzten in der Geschichte ist, und welche in ihrer Seltenheit nur durch die Schnelligkeit ihres fortschreitenden Zusammenbruches übertrufen wurde.“

Es ist nicht die Schuld, aber jedenfalls keine Entschuldigung für General Ludendorff, daß er die einzige Kraftnatur in ganz Deutschland war, und daß er dadurch die ganze Politik auf das Militär geleitet hat. Ein großer Patriot war Ludendorff, der nichts für sich, sondern nur das Glück Deutschlands wollte. Aber er hatte das Unglück, die ganze Welt nur durch Poissamer Brillen zu sehen und jeden Friedensverlauf zu verwerfen, der seinen Siegriffen brachte. Im April 1917, also vor anderthalb Jahren, überreichte ich Kaiser Karl ein

Expole.

welches von ihm dem Kaiser Wilhelm geschickt wurde, mit dem Bemerken, er teile meine Auffassung. Dieses Expole, das Czernin wörtlich verlas, hatte folgende wesentlichen Stellen: „Es ist vollständig klar, daß unsere militärische Kraft ihrem Ende entgegengeht. Wenn ich auch hoffe, daß es gelingen wird, auch die aller nächsten Monate durchzuhalten und eine erfolgreiche Defensive durchzuführen, so bin ich mir doch vollständig klar darüber, daß eine solche Winternatpague vollständig ausgeschlossen ist — mit anderen Worten, daß im Spätsommer oder Herbst im jeden Preis Schluß gemacht werden muß.“

„Ich glaube nicht“, heißt es in dem Expole weiter, „daß die internationale Situation in Deutschland wesentlich anders steht als hier, nur fürchte ich, daß man sich in Berlin

in den militärischen Kreisen gewissen Täuschungen hingibt. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß auch Deutschland, genau wie wir, am Ende seiner Kräfte angelangt ist.“

Sie sind sehr davon durchdrungen, daß, wenn Deutschland werden sollte, eine weitere Winterkampagne zu führen, sich im Innern des Reiches ebenfalls Umwälzungen ergeben werden, welche mir viel ärger erscheinen als ein von den Monarchen geschlossener schlechter Friede. Wenn die Monarchen der Zentralmächte nicht imstande sind, in den nächsten Monaten Frieden zu schließen, dann werden es die Völker über ihre Aepfe hinweg machen, und dann werden die Wogen der revolutionären Vorgänge alles hinwegschwemmen, worauf unsere Brüder und Söhne heute noch kämpfen und sterben.

Deutsch-schweizerischer Warenaustausch.

Dresden, 11. Dez. Zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung ist eine provisorische Vereinbarung über eine Reihe dringender Fragen getroffen worden, die zunächst bis zum Abschluß des Friedens Geltung haben soll. Die Hauptbestimmungen lauten:

1. Deutschland liefert der schweizerischen Republik monatlich 10 000 Tonnen Steinkohlen und 100 000 Tonnen mindestens 7500 Tonnen in Steinbohle geliefert werden sollen. Die Regierung der schweizerischen Republik stellt dafür monatlich 70 000 Tonnen Braunkohle Deutschland zur Verfügung.

2. Die schweizerische Republik wird die Ausfuhr von monatlich mindestens 10 000 Tonnen Melasse und 50 000 Tonnen Pflanzenmehl aus Deutschland gestatten. Soweit zur Ausfuhr verfügbare Mengen an Getreide, Obstes vorhanden sind, will die schweizerische Republik der Ausfuhr nach Deutschland kein Hindernis in den Weg legen.

3. Die Regierung der schweizerischen Republik wird die Ausfuhr von Asalin und Graphit nach Deutschland nicht behindern.

4. Dergleichen soll die Ausfuhr von Grubenholz nach Deutschland seinen Einschränkungen unterliegen.

5. Die schweizerische Regierung wird monatlich mindestens 26 Waggonen Hartblei zur Ausfuhr nach Deutschland freigeben.

6. Die deutsche Regierung wird die Lieferung und Ausfuhr von Maschinen und Maschinenteilen, sowie Erzeugnisse der elektrischen Industrie freigeben.

7. und 8. Die deutsche Regierung ist bereit, der schweizerischen Republik hinsichtlich großer Mengen von Chemikalien abzugeben.

9. Unter der Voraussetzung einer wesentlichen Erhebung der deutschen Kapitalproduktion wird die deutsche Regierung bereit sein, der schweizerischen Republik eine entsprechende Menge von Kapital für die Frühjahrsbindung abzugeben.

10. Die deutsche Regierung sagt eine wohlwollende Prüfung der Frage der Ausfuhr von Rohzinn, Zinn und Aluminium zu. Beide Metalle erfordern grundsätzlich ein, daß die westschweizerische Durchfuhr bei diesem Roherzimporten erwähnten Waren möglichst wenig gehindert werden soll.

Heimkehr aus Finnland.

Danzig, 11. Dez. Die beiden englischen Hilfsregimenter „Coventry“ und „Gentaur“ haben heute mittag den Danziger Bahnhof verlassen. Zu gleicher Zeit traf der berühmte Hilfsregiment „Möve“, von Libau kommend, mit Truppen und Ausrüstung an Bord im Hafen von Neufahrwasser ein. Morgen werden größere Transporte der deutschen Truppen aus Finnland erwartet.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Lebensmittel- und Fleischwaren-Bericht: Am 10. Dezember 8-11 und 2-4 Uhr bei Hoffmann, Früh 6 sowie 10-12 und 2-5 bei Rammberg, Obere Breitstraße und 2-5 Uhr bei Widows, Tiefere Keller.

Mager- und Buttermilch-Bericht: Am 13. Dezember bei Fröhner, Vogel, Rönthum Leuchtstraße und Schulz.

Ausgabe von 45 Gramm Margarine in sämtlichen Buttersälen. Fleischverkauf auf der Freitags- u. 1. Dezember, vormittags von 8-11 Uhr.

Reine Beschlagnahme der Kartoffelbestände für den A. und S. Rat. Landrat und Arbeiter- und Soldatenrat geben bekannt, daß eine Beschlagnahme der Kartoffelbestände durch den A. und S. Rat nicht erfolgt ist und daß sämtliche Kartoffeln genau wie früher an den zuständigen Kommissionär des Kreises schleunigst abgeliefert werden müssen.

Die Rationierung für Zucker bleibt bestehen.

Ebenso wie für alle bisher rationierten Lebensmittel besteht auch die Rationierung für Zucker unverändert weiter. Zucker darf daher nur auf Karten verkauft und entnommen werden. Darüber, ob und inwieweit infolge Preisverfalls von Zucker durch die Demobilisierung die Monatsmenge erhöht werden kann, hat die Reichsregierung eine Bestimmung bisher nicht treffen können. Preissteigerungen, die etwas anderes besagen, sind unrichtig.

Frachttariff für Pferde

ist wiederum vom 12. bis einschli. 14. Dezember angeordnet. Erhöhte Preise in den heiligen Kriegstagen.

Infolge der ständig wachsenden hohen Ausgaben sieht sich der Vaterländische Frauenverein Merseburg-Stadt gezwungen die Preise für den Mittagstisch in seinen Kriegsküchen vom 16. Dezember ab zu erhöhen. Es sind danach zu entrichten: In der Mittelkategorie mit Fleisch wöchentlich 4,20 M., ohne Fleisch 3,00 M.; in der Vorkategorie 3,00 M. und 3 M. In der Rinderkategorie sollen die Preise vorläufig nicht erhöht werden.

Die Durchführung sämtlicher Hauskassationen bis 31. Dezember 1918 wird namentlich am 1. Dezember bekanntgegeben. Der Landrat veröffentlicht die diesbezügliche Anordnung des Staatssekretärs des Reichs- und Landesamtes in amtlichen Zeilen der vorliegenden Nummer. Angehörige der Wehrmacht der Verordnung machen wir besonders darauf aufmerksam.

Die Milchlieferung an Volksteine

betrifft eine Bekanntmachung des Landrats in der vorliegenden Nummer, die wir der besonderen Beachtung empfehlen.

Öffentliche Frauenversammlung.

Der Arbeiterrat beruft für Freitag abend, noch der „Friedensfeier“ eine öffentliche Frauenversammlung ein, in der Redaktor Dübels aus Zeit über „Deutschlands Zukunft“ sprechen wird. An den Vortrag soll sich freie Ausprache schließen.

Das nächste Konzert im Rasteller

findet am kommenden Sonnabend statt.

Der nächste Sozialwissenschaftliche Kursus

des Seminaroberlehrers Semprich findet am 17. Dezember in der Bildungshalle (Vertrag Christlich) statt. Diesmal wird

Geld, Kredit, Banken und Kapital behandelt. Zu der Studie vollständig honoriert sind und der Vortragende die Abnahme in volkstümlicher, leicht verständlicher Form beprägt, so gebührt ihnen allseitige Teilnahme.

Grundzüge für die Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen.

In den Bestimmungen über die Verpflegung der zur Entlassung kommenden Heeresangehörigen sind auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen einige Punkte zu einem vorgekommen worden. Der Überlegung aus der militärischen Verpflegung in die allgemeine Lebensmittelversorgung ist nunmehr folgendermaßen geregelt: 1. Die Truppe benötigt die aus dem Heeresdienst zu Entlassenden bis zum Entlassungstage einschließl.

2. Mannschaften, die nach der Entlassung zum Entlassungsort in geschlossenen Transporten nach der Heimat befördert werden, sind nach Möglichkeit als Kriegsverpflegungsanstalten zu verpflegen.

3. Mannschaften, die vom Entlassungsort oder vom Endpunkt des geschlossenen Transports ab noch einen Einzelmarsch (mit Bahn oder zu Fuß) zur Erreichung ihres Heimatortes zurücklegen haben, sollen für jeden Meiletag aus Heeresbeständen gegen Bezahlung eine Portion von 350 Gramm erhalten. Zur Bestreitung der übrigen Verpflegung dienen die ihnen nach den bestehenden Bestimmungen zu zahlenden Wechsdollarscheine. 4. Gemacht Entlassenen nicht nach Ziffer 2 aus Kriegsverpflegungsanstalten verpflegt werden, erhalten sie bis zum Übertrag in die allgemeine Lebensmittelversorgung des Wohnorts auf Anfordern bis zum 7. Tage nach der Entlassung durch die Zivilbehörde auf Grund der Entlassungsbekundigung die erforderlichen Lebensmittelanteile zur Beschaffung der Verpflegung oder, soweit Maßnahmen ergreifen, oder besondere Verpflegungsstellen vorhanden sind, Verpflegung aus diesen. Dabei ist ihnen erlaubt, das sie gemäß Ziffer 3 aus Heeresbeständen erhalten haben, auf die ihnen zuzuliehenden Brotmarken anzurechnen.

Auf der Entlassungsbekundigung (Selbstbuch) ist zu vermerken, wo und wann Ausweise oder Verpflegung gegeben sind. Nach Ablauf von 7 Tagen werden die Entlassenen regelmäßig in die allgemeine Lebensmittelversorgung ihres Wohnortes aufgenommen sein.

Weiter ist zur Verbesserung von Doppelverpflegung angeordnet worden, daß bei der Anmeldeung der Entlassenen zur Lebensmittelversorgung im Kommunalverband des Wohnorts auf der Entlassungsbekundigung ein entsprechender Vermerk zu machen ist.

Mittelschleier-Wendel-Ansatz im Dom.

Das deutsche Vieh ist das Spiegelbild des deutschen Volksgemüts. Unsere herrlichen Weidmadschliefer legen uns, welche tiefe Liebe unser Volk hat. Jenachdem ob diese Lieder lebendig sind oder ob man sie vernein hat: wir haben daran einen Gradmesser dafür, ob unser Volk noch die alte Schlichtheit und Innerlichkeit besitzt oder ob eine Verflachung seines Seelenlebens eingetreten ist. In Erwartung des neuen Weidmadschliefer kommen schon jetzt wieder schön alte Weidmadschliefer herein. „Es ist ein Reis entsprungen“, „Am Weidmadschliefer die Fichter breunen“, „O Tannenbaum“ — welche liebe vertraute Klänge! Und doch gibt es noch eine ganze Reihe von schönen Weidmadschliefern, die fast ganz unbekannt oder der Vergessenheit anheimgegeben sind. In der mittelschleier-Wendel-Ansatz, die am nächsten Sonntag nachmittag im Dom stattfinden, sollen solche Vieh verholene alte Weidmadschliefer gesungen werden. Reist alle Klänge werden es zumute sein. Weisen und Worte aus dem 17., 18. und 19. Jahrhundert. Geld hat es, schwer und ernst, gedichtet vor 600 Jahren von dem Meister Teuler: „Es kommt ein Schiff, geladen bis an den höchsten Bord.“ Einige Gesänge, darunter das schönste alte Weidmadschliefer. „Es ist ein Reis entsprungen“, sind von dem Meister Teuler, der kurze Zeit nach Luther lebte. Freilich, etwas edel und tief mutig jenseits die uralten Lieder an, gerade wie die Zeichnungen und Holzschnitte eines großen Meisters werden schön alte Weidmadschliefer. Aber was an ihnen so fesselt ist, das ist, daß sie so kernig, schlicht und gemüthlich sind. So werden sie auch heute noch unmittelbar auf jeden empfindlichen Hörer. Die Gesänge werden vorgetragen vom Rindendorfer Altchor. Der Leiter derselben, Kantor und Organist Gubler, wird auch einige Orgelstücke, ebenfalls Weidmadschliefer, vorzutragen. Einmal werden auch ein- oder zwei Lieder gesungen. Ein etwaiger Geldbetrag ist für den Festtags-Bereich bestimmt.

Berein der Lederhändler der Provinz Sachsen.

Um die aus dem Felde heimkehrenden Schuhmacher über die Verpflegung mit Leder aufzuklären, soll der Verband der Lederhändler mit, daß nun der Kontrakt für Leder freigegeben und es Leder in allen Handwerksbetrieben eine entsprechende Anzahl Sperrlager eingerichted werden, von denen die Lederhändler die betreffenden Bezirke das Leder erhalten sollen, welches die Kontraktstelle für die aus dem Heeresdienst entlassenen selbständigen Schuhmacher zur erstmaligen Lieferung bestimmt hat. Die bez. Schuhmacher haben sich zu dem Zwecke unter Angabe der von ihnen zu beschaffenden Arbeitstücke an diejenige Lederhandlung zu wenden, von welcher sie ihr Leder zu erhalten wünschen. Diese Lederhandlungen haben absehbare bei dem für sie zuständigen Sperrlager die Zuteilung des hierfür bestimmten Leders zu beantragen und daselbst noch Empfang an die Schuhmacher weiterzugeben.

Wettervorausage

Freitag, 13. Dezember. Zeitweise heiter, zunehmende Abkühlung. Nirgends erhebliche Niederschläge.

Letzte Depeschen

Die Volksbeauftragten gegen Abspaltungsvorwürfe.

Berlin, 12. Dez. Die Volksbeauftragten wenden sich mit einem Aufruf an das deutsche Volk, in denen sie unter Bezugnahme auf die Proklamierung der Reichs- und Volkswirtschaftlichen Republik betonen, daß das Ziel der großen deutschen Volksbewegung im November 1918 nicht die Abtrennung und Selbständigmachung ehemaliger Teile des Reichs oder Preussens von Gesamtgebiet ist, sondern die kraftvolle Zusammenfassung und Vereinigung aller Reichsteile zu einem Gemeinwesen, das die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen deutschen Republik einheitlich und vollstündlich regelt.

Adolf Hoffmann ist schuld.

Koblenz, 11. Dez. Der Arbeiterrat hat an die Reichsregierung Ebert-Haale folgendes dröhnliche Telegramm gerichtet: „In großen Versammlungen des Rheinlandes wird die Gründung einer reichsweit-wirtschaftlichen Republik angestrebt. Die Ursache liegt in den Maßnahmen und Absichten des Reichsministers. Eine Einwirkung auf Hoffmann ist unbedingt erforderlich, da sonst die Gefahr der Losrennung unabweisbar ist.“

Die Auflösung der Deutschen Vaterlandspartei.

Berlin, 11. Dez. Der Reichsausschuh der Deutschen Vaterlandspartei hat die Auflösung der Partei mit folgender Erklärung beschloffen: „Getreu ihrem Versprechen löst sich jetzt die Deutsche Vaterlandspartei auf. Nur im ungeteilten Siegeswillen des Volkes

schließe den einzigen Weg zur Rettung. Sie ist stolz darauf, in der tiefen Achtung zu dieser Pflicht nichts versäumt zu haben. Jetzt hat dieser Siegeswillen nicht uns Deutsche, sondern unsere Feinde zum Ziele geführt. Sie pflichten die Pflicht ihrer Einigkeit. In rechter Zeit warnen wir das deutsche Volk vor den Berührungsmitteln unserer Gegner. Man hat uns ausgespottet. Heute spüren wir ihn am eigenen Leib. Wir wünschen wahrhaftig, die Geschichte hätte uns in diesem Sinne nicht Recht gegeben. Sie wird uns aber später noch sehr rechtfertigen, wenn man uns auch jetzt verleumdet und verachtet! Der Geist der Vaterlands-Partei geht nicht unter.

Dank sagen wir unseren treuen Mitarbeitern allen. Unsere letzte Äußerung soll heiser Dank sein an unsere wackeren Kampfschützen, Offiziere und Mannschaften, das sie deutsches Land vor feindlichem Einfall behütet haben. Unsere Leistung war, sie ist in jeder Zeit bewahrt. Möge die Lösung aller Deutschen sein und werden: Das Vaterland über der Partei!“

Nach ein solch Bekundigung.

Berlin, 11. Dez. (Anschl.) Das frühere Mitglied des Volksrates Colin Koch ist heute aus der Haft entlassen worden, nachdem sich die Haftlosigkeit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen herausgestellt hat.

Die Bildung eines Volksheeres beabsichtigt.

Berlin, 11. Dez. Nach dem „V.“ trägt sich die Reichsleitung mit der Absicht, ein Volksheer zu bilden, das an die Stelle des früheren heidenheer treten soll. Endgültige Beschlüsse über den Umfang der Wehr sind jedoch noch nicht gefaßt.

Sonderverhandlungen Bayerns?

Berlin, 12. Dez. Von gutunterrichteter Seite erfahren wir, daß die bayerische Regierung an unsere wackeren Kampfschützen zu verhandeln scheint, wodurch die an sich schon großen Schwierigkeiten noch gesteigert werden. Man geht deshalb wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Spannung zwischen Berlin und München noch nie so groß gewesen ist, wie gerade jetzt.

Uder, Schweizer Bundespräsident.

Bern, 11. Dez. Die schweizerische Bundesversammlung wählte zum schweizerischen Bundespräsidenten für 1919 den Bundesrat Gustav Uder aus Genf.

Ein Massensterben durch Snuax.

Frankfurt a. M., 11. Dez. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Dresden: Die Reichsleitung erklärte, die von Minister Lipsitz angekündigte wahrscheinliche weitere Herabsetzung der Lebensmittelbedeutung ein Massensterben durch Hunger.

Die Verlegung Polens und Schlesiens.

Berlin, 12. Dez. Die bereits mitgeteilte Nachricht, daß die polnisch-amerikanische Division der 6. Armee nach Danzig eingeschifft werden solle, um Polen und Schlesien zu besetzen, wird durch die amtliche Heeres-Agenter bestätigt.

Eine internationale Konferenz zur Schaffung eines Völkerbundes.

Basel, 11. Dez. (Eig. Drath.) Wie die „Bas. Nach.“ zuverlässig vernimmt, wird unmittelbar nach Abschluß des Friedens zwischen den Alliierten und den Mittelmächten eine internationale Weltkonferenz sämtlicher Mächte, auch der neutralen, einberufen werden, zwecks Anschlusses an den Völkerbund.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg.

Eingedrückt zu dem Zweck, den Familien unserer Krieger mit Rat und Tat in allen Lebenslagen beizustehen, ihnen das Durchhalten zu ermöglichen, mitzuwirken, daß der Betrieb der Gas- und Wasserwerke, der die Bedürfnisse des abwehenden Gatten, Vaters oder Sohnes, wenn irgend durchführbar, im Ganzen erhalten bleibt. Rat und Beistand in allen wirtschaftlichen und beruflichen Angelegenheiten.

Kritische bei schwebenden, unzulässigen Äußerungen behufs Erlangung eines kurzweiligen und sonstiger Gelegenheiten zur Kräftigung der Gesundheit. Mithilfe beim Unterrichten der Schule entlassener Kinder. Arbeitergruppen oder sonstige Angehörige einzelner Merseburger wollen sich vertrauensvoll an irgend einen der nachstehend bezeichneten Herren wenden.

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg.

Der geschäftsführende Vorstand.
Kaufmann Länger, Rektor Schmidt, Kaufmann Käthe, Privatmann Ehrlich, Stadtrat Barth, Stadtrat Zolnowski, Rektor Hütel, Rektor Roth, Rechnungsrat Eichardt, Verwalter Kalkauer, Franz Höpner, Redakteur, Kaufmann Kösterling, Kaufmann Schäfer, Schmiedemeister Engel, Rentner Rißow, Fabrikdirektor Weber, Rentner Hauptmann, Pöbinger, Dinkel, Schuhmacher-Obermeister Schmidt.

Frauenhaar-Sammlung.

Frauenhaare müssen weiter gesammelt werden. Unsere Verbände brauchen die vorwiegend aus ihnen beschafften Erzeugnisse, die sonst kaum zu beschaffen sind. Durch die Sammlung wird die Beschaffung von Arbeitsgegenständen für unsere heimkehrenden Krieger ungemein unterstützt.

Wir bitten, die gesammelten Frauenhaare weiter an unsere Sammelstelle, Seffnerstraße 1, abzuliefern.

Der Mobilmachungs-Ausschuß vom Roten Kreuz.

empfehlen in großer Auswahl und vortheilhaften Preisen
H. Schnee Nachf.,
Halle a. S., Gr. Steinstr. 84.

Amtliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Im Kreise der Kartoffelerzeuger herrscht vielfach die Ansicht, daß durch die Beschläge beim Festhalten der Kartoffelbüschel seitens der Beauftragten des Kreier- u. Soldatenrates eine Beschädigung der Kartoffeln zu Gunsten des A. u. S.-Büros erfolgt sei.

Diese Ansicht ist irrig. Es müssen vielmehr sämtliche Kartoffeln genau wie früher an den zuständigen Kommissarien des Kreises mit tüchtiger Beschleunigung zur Abfertigung kommen.

Merseburg, den 11. Dezember 1918.

Der Landrat. Der Arbeiter- u. Soldatenrat.
Dr. Z. von 28.11.1918. J. S. M. Thiem, Fr. Henke.

Bekanntmachung.

Nr. P. R. 708/11. 18. KRA

Im Auftrage des Demobilisierungsamts wird folgendes angeordnet:

1. über die Verwendung von Erdöl und Öl vom 26. April 1917 (Reichs-Gesetzl. S. 275).
2. Nr. Bst. 1. 1009/16 K. R. A. betreffend Beschlagnahme von Schmiermitteln vom 1. September 1916 (Deutscher Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 211).
3. Nr. Bst. 1. 1009/16 K. R. A. betreffend Behandlungserhebung für Schmiermittel vom 29. September 1916.
4. betreffend Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Mineralöle, Mineralerzeugnisse, Erdwachs und Kerzen vom 15. Januar 1917 (Reichs-Gesetzl. S. 51).
5. betreffend Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Mineralöle, Mineralerzeugnisse, Erdwachs und Kerzen vom 18. Januar 1917. Vom 24. Februar 1917 (Reichs-Gesetzl. S. 170).
6. über den Verkehr mit Mineralwachs vom 4. April 1917 (Reichs-Gesetzl. S. 309).
7. über Beschlagnahme und Behandlungserhebung von Generatoröl vom 22. Dezember 1917.

Es an Stelle der Bezeichnung „Berliner Schmieröl-Gesellschaft m. b. H.“ oder „Kriegs-Schmieröl-Gesellschaft m. b. H.“ die Bezeichnung zu setzen: „Mineralöl-Verkehrs-Gesellschaft m. b. H.“

Berlin, den 24. November 1918.

Kriegsrohstoff-Abteilung.
Wolfshänel.

ämtliche im Bereich des IV. Armeekorps bei militärischen Diensthellen befindlichen Kraftwagen müssen vom 15. 12. 18 ab mit einem neuen vom Generalkommando ausgehellen Ausweis versehen sein. Anträge auf Ueberweisung dieser Ausweise sind an das Generalkommando IV. Armeekorps, Abt. IIa zu richten. Diesen Anträgen sind die Zulassungsbescheinigungen beizufügen.

Kraftwagen, die nach dem 15. 12. 18 ohne den vom Generalkommando ausgehellen Ausweis angetroffen werden, werden beschlagnahmt, wenn der Fahrer nicht in der Lage ist, sich über die Berechtigung der Fahrt auszuweisen.

Nur Anträge auf Zulassung von Kraftfahrzeugen ist die Stillbehörde zuzuhändigen.

Anträge auf Stellung von Personentransportwagen sind an das Generalkommando IV. A. S. Nr. IIa und solche auf Stellung von Kraftfahrzeugen an das Kraftverkehrsamt Magdeburg, Kaiserstraße 87 zu richten.

Magdeburg, den 5. Dezember 1918.

H. F. d. G. R. Der Exekutio-Ausf. IV. A. S.
D. Ch. d. G. St. Derrfurth. Ved.
Gen.: von dem Dagen, Derrfurth.

Bekanntmachung.

1. Es ist wiederholt vorgekommen, daß bei den öffentlichen Versteigerungen Pferdehändler versucht haben, sich dadurch Zugang zu verschaffen, daß sie angaben, von anderen Personen (Konkurrenzen) beauftragt zu sein, Pferde zu kaufen. Dieses Verfahren ist unzulässig. Es wird daher bestimmt, daß jeder, der Pferde im Versteigerungsweg kaufen will, persönlich an den Versteigerungen zu erscheinen hat und sich mit einem amtlichen Ausweis als Selbstkäufer bei der Versteigerung ausweisen muß. Im Verhinderungsfalle, z. B. Krankheit, kann Vertretung durch Beamte, Geschäftsführer oder nächste Verwandte, welche ihrerseits sich ebenfalls durch einen amtlichen Ausweis legitimieren müssen, erfolgen, aber niemals durch Händler. Den Händlern ist nicht nur der Kauf, sondern auch der Zutritt zu den Versteigerungen untersagt.

2. Da in nächster Zeit an fast sämtlichen Garnison-Orten des Reichs die Pferde-Versteigerungen stattfinden, werden die Pferdegebräucher darauf hingewiesen, sich rechtzeitig mit den gewöhnlichen Wärmitteln zu versehen.

Magdeburg, den 6. Dezember 1918.

Von Seiten des Der Exekutio-Ausf. IV. A. S.
Generalkommandos. Derrfurth
Der Chef des Generalstabes. Derrfurth
von dem Dagen, Derrfurth

Strohsäcke = Kisseapolver
Frucht- = Getreide- = Zwiebelsäcke
aus gutbewährten starken Stoffen
Scherentücher bezugscheinfrei
empfiehlt

Otto Dobkowitz.

Leiterwagen
empfehlen

Gebr. Seibicke,

Gotthardtstraße. Gotthardtstraße.

Veransager: P. Balg. Verantwortliche Redaktion, Politik: F. Taepfer, Derrf. und prov. Teil: D. Klöding, Sport: M. Schöpper, Anzeigen: P. Balg, Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt P. Balg, sämtlich in Merseburg.

Nachruf.

Infolge eines Unglücksfalles verschied am 10. Dezember die Zeichnerin

Fräulein Ida Brückner.

Wir betrauern in ihr eine gewissenhafte und fleißige Mitarbeiterin, die durch ihr stets freundliches und sympathisches Wesen sich die Liebe und Hochachtung von uns allen erworben hat.

Wir werden der leider so früh Verstorbenen ein treues Andenken bewahren.

Die Angestellten der Hauptverwaltung der Gewerkschaft Elise II. Halle.



Am 11. Dezember verstarb unser Kamerad

Gustav Sack.

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittag 2 Uhr, vom Trauerhaus, Mühlberg 5, aus statt. Die Kameraden treten hierzu nachmittags 1 1/2 Uhr an der Wohnung des Herrn Direktors, Dom 4, an.

Das Direktorium.

Paul Rath, Goldschmied
Gold- und Silberwaren

Prachtvolle
Weihnachtsgeschenke

Eigene Werkstatt Gravierungen
Gothardstraße Nr. 14.

Passende
Weihnachtsgeschenke



für Alle u. Jeden!

kauft man nirgendwo
besser, nirgendwo
billiger, als im

**Gummwaren-
haus Grähneis**

Gotthardstraße
Nr. 20.
Tel. 467.

Rohfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 13. Dezember 1918

bei Frau und Dr. Obere Weißlestraße 4		1401-1500
vorm. von 10-11 Uhr auf die Ordnungsnummern	"	1501-1600
nachm. " 11-12 " " "	"	1601-1700
" 3-4 " " "	"	1701-1800
" 4-5 " " "	"	1801-1900
bei Hoffmann, Weißl. Str. 6		1901-2000
vorm. von 9-10 Uhr auf die Ordnungsnummern	"	2001-2100
nachm. " 10-11 " " "	"	2101-2200
" 2-3 " " "	"	2201-2300
" 4-5 " " "	"	2301-2400
bei Wöblius, Tiefer Keller Nr. 1		2401-2500
nachm. von 2-3 Uhr auf die Ordnungsnummern	"	2501-2600
" 3-4 " " "	"	2601-2700
" 4-5 " " "	"	2801-2900

st. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 12. Dezember 1918.
R. N. 1. 1435/18. Das städtische Lebensmittelamt.

Einschränkung des Frachtführerverkehrs.

Frachtführerverkehr vom 12. bis einschl. 13. Dezember 1918. Dringende Lebensmittel als Eilgut aufteilen.

Halle a. S., den 10. Dez. 1918
Eisenbahn-Verkehrsamt.

Verkauf von
**Erbs-Stroh,
Bohnen-Stroh,
Mohn-Stroh**
gegen Vorkauf

Schriftliche Angebote werden erbeten an die Abteilung Landwirtschaft des Gefangenenlagers, Merseburg.

Neuheiten
in Weihnachtsgeschenken.

**Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen**

in einfacher bis ganz reicher Ausführung.

Große Zuswahl.
Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.,
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Landwirt, 29 Jahr, etwas
Erfahrung, sucht
Bekanntschaft Fräulein
vom Lande, nicht unter 25
Jahre, zwecks späterer Heirat.
Biete Offerten mit Bild unter
A. H. an die Geschäftsst. d. W.

Ratskeller : Merseburg.
Sonnabend, den 14. Dezember:
Künstler-Konzert.

Neue Kapelle!
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
O. K. 10

Habe mich in Denkerdorf als
Tierarzt
nieder gelassen.
Flietner,
Tierarzt.

Sozial-wissenschaftlicher Kursus
im „Herzog Christian“.
3. Abend: Dienstag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr,
Geld, Kredit, Banken, Kapital.
Die Leitung der Lehr- und Bildungs-Halle.

Sobald noch eingetroffen:
Großartige Auswahl
für

Weihnachts-Geschenke!

Kaffeervice und
Gebrauchsgeschirr,
Porzellanteller und Tassen
verschiedener Größe, in weiß.

Zwiebelmuster, Indisch blau
sowie mit Weihnachts-Dekorationen.
Verschiedenste Ausführung und sehr preiswert

bei **Otto Renner, Markt 18.**

Die Wohnungsnot und Kohlennot.

Halle, 12. Dez. Die Wohnungsnot und Kohlennot... Die Wohnungsnot und Kohlennot... Die Wohnungsnot und Kohlennot...

Der Brand an der Weisenfels-Jäger Bahnstraße.

Weisenfels, 12. Dez. Die Staatsanwaltschaft... Der Brand an der Weisenfels-Jäger Bahnstraße...

Dreier Einbruch im Rathaus.

Zeit, 12. Dez. Ein dreier Einbruch wurde im Rathaus verübt... Dreier Einbruch im Rathaus...

Aus Provinz und Reich

Für 50 000 Mark Pelwaren gestohlen.

Leipzig, 12. Dez. Vermutlich in der Nacht zum 9. Dezember... Aus Provinz und Reich...

Diebstahl.

Nordhausen, 12. Dez. Einer im „Berliner Hof“ hier abgestellten... Diebstahl...

Ämtliche Anzeigen

Bekanntmachung,

betreffend Milchablieferung an Molkereien.

Es ist uns verschiedentlich berichtet, daß einzelne Kreise... Bekanntmachung, betreffend Milchablieferung an Molkereien...

Magdeburg, den 2. Dezember 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat. Die Provinzialstelle.

Die Provinzialstelle. Verwaltungsabteilung.

Bekanntmachung.

Magdeburg, den 6. Dezember 1918.

Der Landrat.

Frhr. v. Wilmowsk.

Bekanntmachung.

Der Herr Staatssekretär des Reichsernährungsamts hat... Bekanntmachung...

- 1. Sämtliche Hauschlachtungen müssen bis spätestens 31. Dezember 1918 durchgeführt werden.
- 2. Sollten besondere Umstände in Einzelfällen Ausnahmen von der vorstehenden Anordnung in Ziffer 1 als unumgänglich notwendig erscheinen lassen, so werden die Kommunalverbände ersucht, möglichst kurzfristige Ausnahmen nach Maßgabe der vorliegenden Umstände zu genehmigen.
- 3. Die durch Verordnung vom 19. Oktober 1917 (R.-G.-Bl. S. 949) vorgesehene Speckablieferung aus Hauschlachtungen bleibt unverändert bestehen und muß bei dem großen Fettmangel der Städte auch reiflich durchgeführt werden.
- 4. Für Haltungsertraagschweine läuft die Ablieferungsfrist bis zum 31. März 1919. Der Fleischhandelsverband nimmt aber schon vor dem 31. März 1919 ihm angebotene Vertraagschweine ab zu den Vertraagspreisen von 24 Mark für den Zentner Lebendgewicht und 28 Mark als Stückzuschlag, auch wenn das vereinbarte Gewicht nicht erreicht ist. Eine Verlängerung des Ablieferungszeitraumes über den 31. März 1919 kann nicht bewilligt werden.
- 5. Die nach dem 1. Januar 1919 noch vorhandenen schlachtfähigen Schweine, für welche keine Abnahmebestimmungen erteilt ist, sind abzugeben von Zuschneidern und nicht abgenommenen Vertraagschweinen, sofort zur Erfüllung der Schlachtviehumlage heranzuziehen.

Magdeburg, den 5. Dezember 1918.

Provinzialfleischstelle.

gea.: Kleefeld.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Aufsatze veröffentlicht, daß nach dem 31. Dezember 1918 Hauschlachtungs- schweine nur dann geschlachtet werden dürfen, wenn durch eine ausdrückliche Befreiung der Ortsbehörde nachge-

Schlöndorf.

Beimar, 12. Dez. Gestern früh wurde der Schneider Paul Margewski tot aus der Lim gezogen... Schlöndorf...

Pfänderungen von Eisenbahnwagen.

Eisenach, 12. Dez. Der Soldatenrat teilt mit: In der Nacht zum 6. Dezember nahm die Kontrolle des Soldatenrates einen Aufreißer und zehn Mann, die mit einem Transportwagen auf der Durchreise waren, wegen größerer Diebstahle und Pfänderungen fest... Pfänderungen von Eisenbahnwagen...

Einbruchsdiebstahl.

Themar, 12. Dez. Ein Einbruchsdiebstahl wurde in einer der letzten Nächte in dem Tuch- und Wollwarengeschäft von Hugo Grünbaum hier verübt... Einbruchsdiebstahl...

Gutsanfang.

Leipzig (Ch.), 12. Dez. Wie man Güterfischerei verhindert und Gemeindefürsorge fördert, zeigt das Vorgehen des Gemeindevorstandes in Leipzig... Gutsanfang...

wiesen wird, daß zur Fütterung des Schweines bis zum Schlußtag genügend erlaubte Futtermittel vorhanden sind. Wertheburg, den 7. Dezember 1918.

Der Landrat Frhr. v. Wilmowsk.

HERMANN SCHLADITZ

UHREN GOLD- UND SILBERWAREN OPTISCHE ARTIKEL JETZT

KL. RITTERSTR. NO. 11. PERSNSPRECHER 472.

Kunstgläser

einige ausgezeichnete Stücke, veräußert.

Weinhauer

14. Weiße Mauer 14.

Die große Schar

unserer elenden Krüppel, Siechen, Blöden, (1000), sitzt in diesem Jahre besonders herzlich über zum Weihnachtsfest in barmherziger Liebe zu bedienen. Freundschaftliche Spenden nimmt dankbar entgegen D. G. Braun, Superintendent, Vorstand der Krüppelkinder, Angerburg Diatr. (Postfach Könnich. 2423).

Karl Tänzer

Adolf Schäfers Nachf.

Spezialgeschäft für Damen- u. Kinder-Wäsche Schürzen aller Art Vollständige Wäsche-Ausstattungen. Merseburg Entenplan 7 Fernsprecher 259 Entenplan 7

Summe erst in zehn Jahren abzubezahlen. Aus diesem Wiederverkauf löste die Gemeinde 42 000 Mk., so daß ihr die mit 82 000 Mk. zu bewertende Waldfläche, die zum Gemeindevermögen gehören wird, nur auf 18 000 Mk. kommt.

Luttmord.

Scharhof, 12. Dez. Beim nahen Bangen wurde die Leiche eines jungen Mädchens mit durchschnittenem Hals in ein Gefäß gefüllt und zwar an derselben Stelle, an welcher vor einigen Monaten an einer Hamburger Krankenschwester ein Verbrechen begangen wurde. Es ist anzunehmen, daß der Luttmörder auch das zweite Opfer von Hamburg nach hier gelandt und so bestialische Art ums Leben gebracht hat.

Eisenbahnbeamtenrat für den Direktionsbezirk Erfurt.

Erfurt, 12. Dez. Unter Mitwirkung aller Eisenbahnbeamtenvereine hat sich in Erfurt ein Beamtentrat für die Beamten und Hilfsbeamten im Direktionsbezirk Erfurt gebildet.

Summ cunque Spartacus.

Berlin, 12. Dez. In das Straßenschildergeschäft von Fabrik in der Rosenhulstraße 2 in Berlin find in einem Zeitraum von drei Wochen getrennt zum drittenmal Einbrecher eingedrungen. Die Diebe nahmen, wie bei den ersten Einbrüchen, wieder den Weg durch die Türe und nahmen diesmal für 60 000 Mk. Kleider und eine große Anzahl Silbergegenstände mit. Unter anderem war der Inhalt eines Koffers für zu öffnen. Auf einem Tische hinterließen sie auch die Notiz, die Schuldlosen seien „für die Nacht“, der Mann solle sich lieber Vorzettelchen machen lassen, denn sei er für die Folge gefürchtet. Die mitgenommene Garbende beabsichtigte die der Reichsleistungsfähigkeit zu überweisen in der Hoffnung, hierzu die Bestimmung des Geschäftsinhabers zu finden. Unter demselben war der Zettel „Summ cunque Spartacus“. Der Besahene hat auf die Wiederbekämpfung des gestohlenen Gutes eine Belohnung von 5 000 Mk. ausgesetzt.

Hindenburgs künftiger Wohnsitz.

Hindenburg, 12. Dez. General Hindenburg wird der „Post“ mitgeteilt, daß sich der Generalstab in Hindenburg nach vollendeter Demobilisation in der Nähe der alten Festung zur Ruhe legen wird. Er hat sich als Wohnsitz das eine Viertelstunde von Hindenburg gelegene Kollerhane ausgewählt.

Feuerbrand in der Wollwarenfabrik.

München, 12. Dez. In München brennt seit gestern 1/6 Uhr früh ein Seitenbau der Wollwarenfabrik. Das gewaltige, den Himmel des ganzen wälschen Stadtteils München erhellende Großfeuer brodt in einer 100 Meter langen und 8 Meter hohen Holzbaracke, der Werkstatt der Weberei, aus. Die großen Mengen dort lagernder Teile und Stoffen gefährden die ganze Wollwarenfabrik und das Zeughaus. Man vermutet Brandstiftung. Feuerwehre und Militär sind die Feuerwehre zu Hilfe gekommen.

Verkauf einer Holzbaracke

auf Abruch auf Mühlenteich, in der Nähe des Kriegshäufers Bees (auf dem Köhler), ferner 2 Holzbaracken in der Rischnühle gegen Hühnerboi. Schrittliche Angebote erbeten an die Abteil. Landwirtschaft des Gefangenenlagers Soldatenstr. Merseburg. J. W. Gddide. H. B. Sedmann.



Kriegsküchen.

Der hohen Ausgabener wegen sind unsere Kriegsküchen gezeichnet, die Preise für den Mittagstisch von Montag, den 16. Dezember ab wie folgt festzusetzen:

- 1. Mittelländische wöchentlich: 3 Mark 60 Pfg. ohne Fleisch, 4 Mark 20 Pfg. mit Fleisch.
- 2. Volksküche wöchentlich: 3 Mark 60 Pfg. ohne Fleisch, 3 Mark 60 Pfg. mit Fleisch.

In der Kinderkriegsküche sollen die Preise vorläufig nicht erhöht werden.

Vaterländischer Frauen-Verein

Merseburg - Stadt.

Alle Stücke der

8. Kriegsanleihe

können gegen Vorlegung der ausgestellten Abrechnungen abgeholt werden.

Kreisparhassse Merseburg.

Das führende politische Blatt Mitteldeutschlands

ist die Magdeburgische Zeitung Täglich 8 Ausgaben

Makulatur

hat abzugeben Merseburger Tageblatt (Kreisblatt.)